

A9NEU8 Jemen- der vergessene Krieg

Antragsteller*in: Paula Moser (KV Dresden)

Antragstext

1 Nach der Ermordung des ehemaligen Präsidenten des Jemen, Ali Abdullah Saleh, und
2 der weiteren Zersplitterung der Konfliktparteien ist eine langfristige Lösung
3 für den seit 2015 andauernden bewaffneten Konflikt im Jemen in weite Ferne
4 gerückt. Die Situation im Jemen ist laut den Vereinten Nationen die schlimmste
5 humanitäre Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg. Um eine Normalisierung der
6 humanitären Katastrophe zu verhindern, fordern wir eine konsequente Verurteilung
7 und Sanktionierung der illegalen Blockaden humanitärer Hilfsgüter, einen Stopp
8 der Waffenlieferungen an die beteiligten Kriegsparteien und eine umfangreiche
9 und feministische Herangehensweise an mögliche Waffenstillstandsverhandlungen,
10 Friedensgespräche und Überlegungen zur Postkonfliktphase.

11 1. Aktiv gegen die humanitäre Katastrophe im Jemen - keine 12 Normalisierung des Leidens!

13 Laut UNICEF benötigen rund 80% der jemenitischen Bevölkerung dringend humanitäre
14 Hilfeleistungen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate setzen
15 dabei die gezielte See- und Luftblockade von humanitärer Hilfe als perfide
16 Kriegstaktik ein. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die
17 Genfer Konventionen sowie die Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216.

18 Zu den weiteren Verstößen aller Kriegsparteien gehören gewaltsame Angriffe auf
19 friedliche Demonstrant*innen sowie die Blockade elektronischer Kommunikation,
20 Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen und der Einsatz von
21 Kindersoldat*innen. Reporter ohne Grenzen geht von eine Dunkelziffer
22 verschwundener Personen aus, unter anderem geflüchteter und getöteter
23 Journalist*innen. Eine flächendeckende Dokumentation und Information über
24 Menschenrechtsverletzungen kann nicht gewährleistet werden.

25 Vor allem Kinder leiden stark unter der im Jemen vorherrschenden Gewalt. Ihr
26 Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung, sowie ihr Schutz vor Missbrauch,
27 Zwangsrekrutierung und Zwangsarbeit werden während des bewaffneten Konflikts
28 nicht gewährleistet. Mehr als 12 Millionen der jemenitischen Kinder benötigen
29 dringende humanitäre Hilfe. Unterernährung, der fehlende Zugang zu Bildung und
30 die Traumatisierung durch ständige Konfrontation mit Gewalt lassen im Jemen eine
31 ganze Generation verelenden.

32 Wir verurteilen die Politik Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate
33 und des Iran, die im Jemen einen Stellvertreter*innenkrieg auf dem Rücken der
34 Bevölkerung austragen. Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 35 • Die Bundesregierung auf, auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang
36 für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;
- 37 • Die Bundesregierung auf, sich für targeted sanctions gegen die
38 Verantwortlichen der Kriegsparteien einzusetzen, die Schlüsselpositionen
39 in der Entscheidung für die Blockade humanitärer Hilfeleistungen tragen.
40 Dies ist auch in den Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216

41 vorgesehen. Die Wahrung des humanitären Völkerrechts und menschenrechtliche
42 Grundsätze müssen vor anderen politischen Abwägungen der EU und der
43 Bundesregierung hinsichtlich der im Krieg beteiligten Staaten stehen;

- 44 • Alle Beteiligten auf, die besonderen Bedürfnissen der von der humanitären
45 Krise im Jemen betroffenen Kinder bei Hilfeleistungen besonders zu
46 berücksichtigen

47 2. Die EU trägt ihre Mitschuld: Waffenexporte stoppen!

48 Um die andauernde humanitäre Katastrophe im Jemen nicht zu verschlimmern, muss
49 die Bundesregierung einen sofortigen Stopp von Waffenexporten an die
50 Kriegsparteien umsetzen. Zu den von der EU belieferten Kriegsparteien zählt die
51 arabische Koalition aus Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate,
52 Ägypten und sowie der Sudan.

53 Ein Bericht der Expert*innenkommission des Menschenrechtsrates der Vereinten
54 Nationen (VN) vom August 2018 bestätigt mehrfach Brüche des humanitären
55 Völkerrechts seitens der kriegführenden Parteien. Die Prämisse, zivile Opfer zu
56 meiden, wurde von keiner der Kriegsparteien eingehalten. Dabei wurden mehrfach
57 zivile Infrastruktur wie Märkte, Krankenhäuser und Schulen zur Zielscheibe der
58 Auseinandersetzungen. Recherchen von German Arms sowie der investigativen
59 Plattform Disclose belegen deutlich die Nutzung von deutschen und französischen
60 Waffen durch die im Jemenkrieg beteiligte arabische Allianz.

61 Lieferungen an die Kriegsparteien verletzen die politischen Richtlinien der
62 Bundesregierung zu Rüstungsexporten, sowie mehrere vom Europäischen Parlament
63 gefassten Beschlüsse, darunter der Beschluss 2017/2849. Diese sehen vor,
64 Rüstungsexporte an die im Jemenkrieg beteiligten Staaten unmittelbar zu stoppen.
65 Die temporär eingeführten Exportstopps an Saudi-Arabien im November 2018 haben
66 dabei nicht zu einem langfristigen und umfangreichen Stopp der Exporte geführt.
67 Erstens wurden trotz Exportstopp sondergeschützte Geländewagen im Wert von rund
68 800.000€ exportiert. Zweitens betraf der Exportstopp keine
69 Gemeinschaftsprojekte, sodass die Lieferung von deutschen Zwischenprodukten an
70 Waffenlieferant*innen in Frankreich und Großbritannien weiter ging. Drittens
71 stoppte die Bundesregierung nicht die Waffenlieferungen an die Vereinigten
72 Arabischen Emirate, die als Teil der arabischen Koalition mit Saudi-Arabien im
73 Jemenkrieg agieren und allein im ersten Halbjahr 2019 Waffenlieferungen in
74 erschreckender Höhe von 200 Millionen Euro aus Deutschland erhielten.

75 Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 76 • Einen dauerhafter Stopp von Waffenexporten an die im Jemenkrieg
77 beteiligten Staaten zu verhängen, keine neuen Genehmigungen von
78 Waffenlieferungen an diese Staaten zu erteilen, bereits erfolgte
79 Genehmigungen zu widerrufen und keine weiteren Ausfuhrgenehmigungen zu
80 erteilen. Eine de-minimis-Regelung für die Lieferung von Zwischenteilen an
81 Waffenproduzent*innen außerhalb Deutschlands lehnen wir ab;
- 82 • Sich gegenüber weiterer Waffenlieferant*innen, inklusive der USA,
83 Großbritannien und Frankreich, für einen Stopp der Lieferungen
84 einzusetzen.

85 3. Frauen*,inter* und trans* Personen (FIT):
86 marginalisierte Gruppen schützen und stärken!

87 Im ersten halben Jahr des Konflikts ist die geschlechtsspezifische Gewalt in
88 Jemen über 70 Prozent angestiegen. Von Kinderehen waren 2017 14 Prozent mehr
89 Mädchen* unter 18 betroffen als noch im Jahr zuvor. Das hängt damit zusammen,
90 dass sich ökonomische Situation von Frauen* und Kindern aufgrund traditioneller
91 Familienrollen rapide verschlechtert, sobald der Ehemann und Familienvater aus
92 kriegsbedingten Gründen ausfällt. Jemen ist derzeit auf dem letzten Platz des
93 Women, Peace and Security Index des Georgetown Instituts - hinter Syrien und
94 Afghanistan. Von dem Index werden unter anderem die durchschnittliche Anzahl an
95 Schuljahren, die Beschäftigungsquote, die Verbreitung der Handynutzung durch
96 Frauen*, die finanzielle Inklusion, der Anteil an Parlamentssitzen und
97 Diskriminierung erfasst - in allen diesen Kategorien schnitt Jemen im Jahr 2019
98 am schlechtesten ab. Dabei betrifft auf Geschlecht basierende Diskriminierung
99 nicht nur Frauen*, sondern oft auch inter* und trans* Personen. Genaue Angaben
100 zu diesen Personengruppen sind aufgrund fehlender Datenerhebung leider nicht
101 möglich.

102 Für eine Nachkriegsordnung sind die Folgeschäden eines bewaffneten Konfliktes
103 mitzudenken: die Traumatisierung eines großen Teils der Bevölkerung erhöht das
104 Risiko von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Hier müssen Prävention
105 und Nothilfe gewährleistet werden.

106 In den letzten Jahren werden Frauen* zunehmend in zivilgesellschaftlichen Räumen
107 aktiv und nehmen dabei beispielsweise Einfluss auf Entwaffnung, Demobilisierung
108 und Reintegration und die Reduktion von Waffenproliferation. Auf kommunaler
109 Ebene arbeiten Frauen* in einigen Situationen an Frieden, indem sie bewaffnete
110 Akteure konfrontieren und informell Konflikte schlichten. Zusätzlich zeigt sich,
111 dass die Frauen* Bewusstsein für Friedensarbeit in lokalen Gemeinschaften
112 schaffen und diese aktiv vorantreiben - so gibt es bereits Beispiele, in denen
113 Frauen* Friedensverträge zwischen ihren Gemeinschaften und Rebellengruppen
114 vermittelt haben. Bisher haben die VN Frauen* oder Frauen*rechtsgruppen jedoch
115 nicht am offiziellen Friedensprozess beteiligt, was einem umfassenden,
116 inklusiven und nachhaltigem Frieden klar im Weg steht und die Chancen von
117 dauerhaftem Erfolg mindert.

118 Ohne die Frauen* ist ein nachhaltiger Frieden nicht denkbar. Doch feministische
119 Friedenspolitik sollte auch immer intersektional gedacht werden: Personen, die
120 aufgrund von - einschließlich, aber nicht ausschließlich - ihrer sexuellen
121 Orientierung, Hautfarbe, Behinderung, Ethnie, Religion oder ökonomischen Lage
122 marginalisiert oder mehrfach diskriminiert werden, müssen am Friedensprozess
123 beteiligt werden. Nur so kann ein Frieden inklusiv und damit nachhaltig
124 gestaltet werden.

125 Das Friedenspotential verschobener Geschlechterhierarchien durch den Krieg muss
126 genutzt und Frauen* und andere marginalisierte Gruppen für einen Friedensprozess

127 und die daraus resultierende Nachkriegsordnung ermächtigt werden. Daher fordern
128 wir:

- 129 • Die Teilnahme von Frauen* und anderen marginalisierten Gruppen an
130 Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu ermöglichen, anzuerkennen
131 und zu unterstützen;
- 132 • Frauen* in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische
133 Unterstützung zu stärken. Dazu gehören
 - 134 ◦ die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen*, Frieden und
135 Sicherheit,
 - 136 ◦ Mediations- und Verhandlungstrainings
 - 137 ◦ sowie die Vernetzung verschiedener Frauen*gruppen im Jemen und in
138 anderen Konfliktkontexten;
- 139 • Die Situation von inter* und trans* Personen, die in den Statistiken
140 bisher nicht aufgegriffen werden, zu untersuchen und aktiv zu
141 unterstützen.

142 4. Die Post-war Phase im Blick behalten und begleiten

143 Trotz der festgefahrenen Situation im Jemen sind Reflektionen über die
144 Gestaltung der Post-war-Phase wichtig. Aktuell kann durch das Sammeln von Daten
145 vermutlicher Kriegsverbrechen dazu beigetragen werden, eine angemessene Ahndung
146 dieser nach Ende des Konflikts zu ermöglichen. Die unrechtmäßigen Angriffe auf
147 zivile Ziele, die Zwangsrekrutierung von Kindersoldat*innen und das Foltern und
148 Verschleppen von Dissident*innen, müssen in einer Post-Konfliktphase in einem
149 Prozess der Gerechtigkeit aufgearbeitet werden.

150 Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen können nur mit einer breiten
151 Einbindung der jemenitischen Gesellschaft erfolgreich sein. Eine nachhaltige
152 Lösung setzt voraus, dass die Interessen aller Bevölkerungsgruppen, Minderheiten
153 und Regionen des Jemen berücksichtigt werden. Um die divergierenden
154 Interessengruppen in einem Staat zu vereinen, könnten verschiedene föderale
155 Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten, eingeräumt werden. Die
156 geostrategischen Vorteile der Küstenregion um Aden müssen in
157 Friedensverhandlungen in gerechter Weise berücksichtigt werden.

158 Die Verteilung von natürlichen Ressourcen könnten in einer möglichen regionalen
159 Aufschlüsselung berücksichtigt werden. Auch der Jemen ist von der Klimakrise in
160 Form von Dürren und Wüstenbildung auf der einen Seite, und starken
161 Überschwemmungen auf der anderen Seite, betroffen. Die Bevölkerung sollte in die
162 Diskussion um Problembereiche wie die Wasserressourcen des Landes mit
163 eingebunden werden, um die Entstehung neuer Konfliktherde zu vermeiden.

164

165 In den Verhandlungen muss eine Strategie für die Entwaffnung der Konfliktgruppen
166 im Zentrum der Bemühungen stehen. Es besteht bisher eine große Befürchtung, dass
167 Rache an einer Konfliktpartei genommen wird, sollte sie im Rahmen eines
168 Friedensprozesses die Waffen abgeben. Solange die Konfliktparteien sich aber

169 auf Waffengewalt stützen, ist eine nachhaltige Friedenslösung nicht in Sicht.
 170 Damit es gelingt, dass Mitglieder bewaffneter Gruppen ihre Waffen abgeben und
 171 sie Unterstützung bei ihrer Rückkehr in eine friedliche Gesellschaft erhalten,
 172 sollte ein konkrete Entwaffnungsstrategie unter Beteiligung aller relevanter
 173 Akteur*innen erarbeitet werden werden.

174 Deshalb fordern wir:

- 175 • Die EU auf, in einer Rolle als Mediatorin und in Zusammenarbeit mit den
 176 Vereinten Nationen die Initiative für neue Friedensgespräche zu
 177 übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und
 178 die Gewährung humanitären Zugangs sein muss. Die Beteiligung von FIT-
 179 Personen an den Friedensgesprächen muss dabei durch die VN unterstützt
 180 werden.
- 181 • Die VN auf, die divergierenden regionalen Interessensgruppen in der
 182 jemenitischen Gesellschaft bei Verhandlungen über die Zukunft des Jemen
 183 gleichberechtigt einzubinden.
- 184 • Die Bundesregierung und die EU auf, Untersuchungen und Datenbanken, welche
 185 die Ahndung der Kriegsverbrechen nach Ende des Konflikts ermöglichen,
 186 gezielt zu unterstützen.

Begründung

Sowohl im Bundestag als auch innerhalb der Partei existieren bereits Beschlüsse zum Krieg im Jemen. Doch dem Konflikt wird weder in Deutschland noch in der Weltöffentlichkeit die Aufmerksamkeit gegeben, die der Dramatik der Situation angemessen wäre. Dies ist gefährlich, denn wo Aufmerksamkeit dauerhaft verschwindet, schwindet bald auch die Unterstützung für eine positive Transformation der Situation - sowohl finanziell als auch in Handlungen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft "Frieden und Internationales" von Bündnis 90/Die Grünen beleben wir die friedenspolitische Tradition der Partei. Dadurch ergibt sich die Pflicht, weiter laut auf den Krieg im Jemen hin zu weisen, der unter anderem mit deutschen Waffen geführt wird und die schlimmste humanitäre Katastrophe, die es derzeit gibt, ausgelöst hat. Dabei verschlechtert sich die humanitäre Lage weiterhin - eine diskursive Normalisierung der Situation darf daher nicht zugelassen werden.

Außerdem weist die derzeitige Beschlusslage in Bund und Partei noch Lücken auf: eine feministisch-außenpolitische Betrachtung fehlt, genau wie die Vorstellung einer Nachkriegsordnung.

Die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat bereits einen wegweisenden Antrag zu feministischer Außenpolitik vorgelegt, es gibt einen Beschluss der LAG Berlin und die Diskussionen um die Relevanz des Themas werden auch im Grundsatzprogrammprozess fortgesetzt. Abseits von grundsätzlichen Entscheidungen müssen wir aber auch beginnen, das Thema Feministische Friedens- und Außenpolitik an praktischen Beispielen anzuwenden und für spezifische Kontexte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Situation in Jemen zeigt exemplarisch, wie Frauen* weiterhin nicht ausreichend an Friedensverhandlungen beteiligt werden und wie relevant demnach eine feministische Friedenspolitik ist. Insbesondere bei der Gestaltung der Post-Konfliktgesellschaft tragen Frauen*-Inter-und Transpersonen eine wichtige Rolle, um nachhaltigen Frieden zu gewährleisten.

Antragstellerinnen: Charlotte Steinmetz (Grüne Jugend), Paula Moser (Grüne Jugend)

Quellen

<https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>

<https://germanarms.interactive.br24.de/>

<https://www.yemendataproject.org/>

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruestungsexporte-stoppen>

<https://www.dw.com/de/un-experten-anzeichen-f%C3%BCr-kriegsverbrechen-im-jemen/a-45253943>

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-un-bericht-zeigt-erneut-notwendigkeit-eines-waffenembargos-auf>

<https://www.unicef.org/emergencies/yemen-crisis>

<https://www.aljazeera.com/news/2019/10/sounds-alarm-children- plight-war-torn-yemen-191023081944720.html>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/saudi-arabien-waffen-embargo-jemen-eu-parlament>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017IP0473&from=EN>

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-berlin-genehmigt-waffenlieferungen-fuer-eine-milliarde-an-jemen-kriegsparteien-a-1272658.html>

<https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2018/9/20/peacebuilding-in-yemen-womens-agents-for-peace>

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_needs_overview_hno_2018_20171204_0.pdf

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CARE_No-Future-for-Yemen-without-Woman-and-Girls_Oct-2016.pdf

[https://undocs.org/en/S/RES/1325\(2000\)](https://undocs.org/en/S/RES/1325(2000))

<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20arab%20states/attachments/2018/women%20on%20the%20frontlines-web-rev.pdf?la=en&vs=2003>

<https://giwps.georgetown.edu/country/yemen/>

[Building inclusive peace: gender at the heart of conflict analysis](#), Saferworld 2017

https://www.ecfr.eu/publications/summary/war_and_pieces_political_divides_in_southern_yemen

<http://www.fluchtgrund.de/land/jemen/>

<https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/yemen>

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE3113832019ENGLISH.PDF>

Bisherige Beschlüsse und Anträge der Grünen

BDK-Beschlüsse

<https://cms.gruene.de/uploads/documents/>

[V-23 Beschluss Das Leid im Jemen lindern Rüstungsexporte stoppen-1.pdf](#)

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

Bundestag:

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruistungsexporte-stoppen>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900834.pdf>

Antrag der Grünen Fraktion im Bundestag zu feministischer Außenpolitik

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/079/1907920.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/087/1908703.pdf>